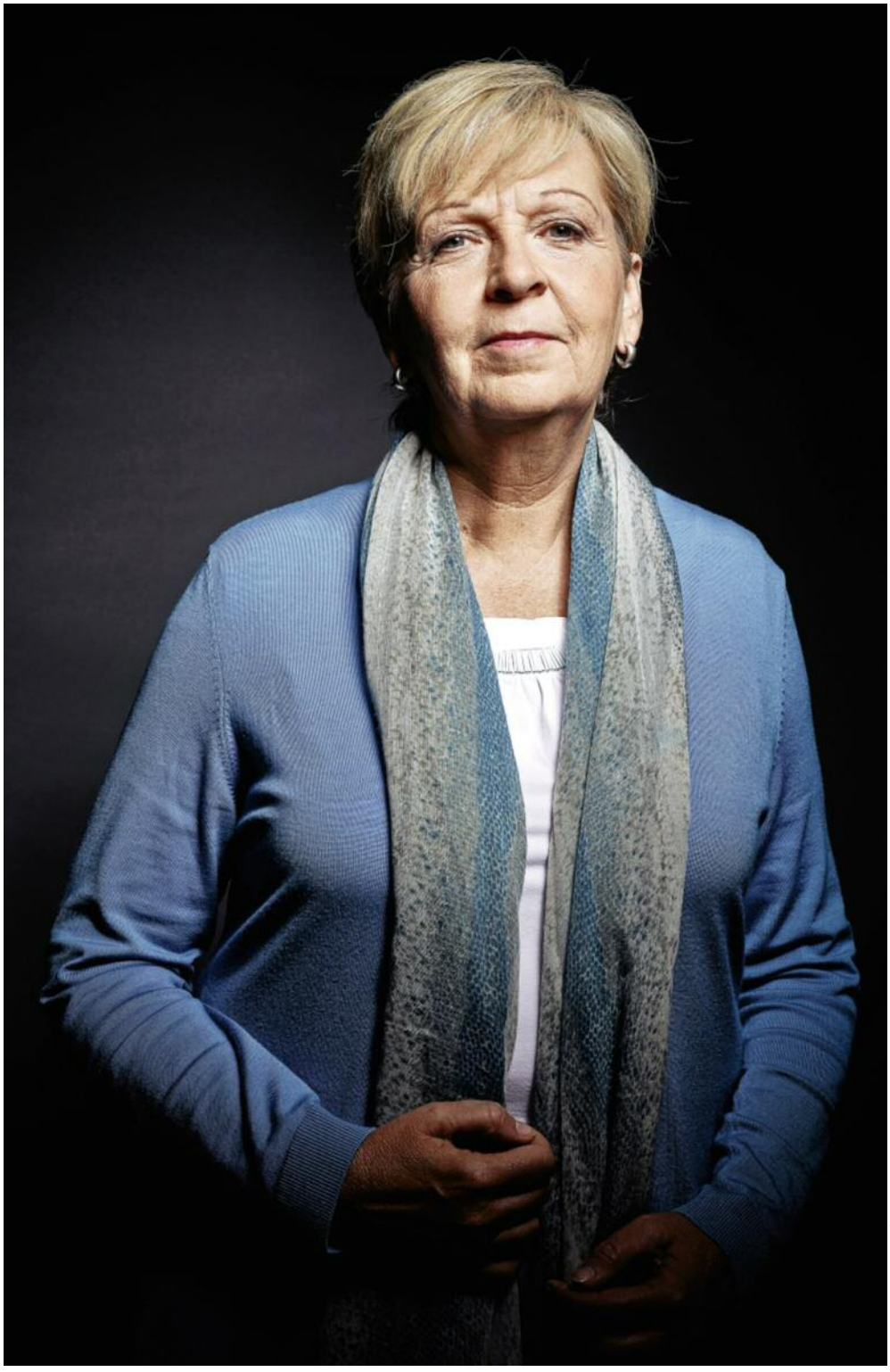
SPD

Die Gewendete

Hannelore Kraft wollte die Große Koalition mit aller Macht verhindern. Nun muss sie ihre Genossen in Nordrhein-Westfalen mit einem Bündnis versöhnen, gegen das sie Stimmung gemacht hat.



STEFAN THOMAS KROEGER / LAIF

Hannelore Kraft hat bereits eine Weile geredet, da erhebt sich der Genosse aus Mettmann. Er richtet den Blick zur Bühne, wo seine Ministerpräsidentin rechts außen am Tisch sitzt, er möchte loswerden, was ihn bedrückt.

Es ist Freitagnachmittag, Hannelore Kraft hat die Genossen zu einer Regionalversammlung in die Luise-Albertz-Halle von Oberhausen geladen, zur offenen Aussprache über die Koalitionsverhandlungen in Berlin.

„Ich habe ganz einfach große Sorge, dass die Große Koalition uns wieder so nach unten zieht, uns als SPD“, sagt der Genosse aus Mettmann. Kraft greift zum Mikrofon, sie kennt die Sorge, sie teilt sie ja selbst. „Unser Auftrag ist, das Leben der Menschen besser zu machen“, ruft sie. „Wir sind kein Verein zur Selbstbestätigung.“ Sie hält ein leidenschaftliches, kämpferisches Plädoyer, sie führt alles ins Feld, was man für die Große Koalition ins Feld führen kann.

Die Frau, die dort auf der Bühne sitzt und ihre 180 Parteifreunde um Gefolgschaft auf dem Weg in eine Große Koalition bittet, hat eine atemraubende Wende vollzogen. Es ist gerade mal drei Wochen her, dass sie fest gewillt war, jenes Bündnis zu verhindern, für das sie nun wirbt. Auf dem langen Marsch in Richtung Große Koalition hat Hannelore Kraft mit Abstand den weitesten Weg hinter sich. Man könnte auch sagen: Sie hat sich verrannt.

Natürlich verlangt die Demokratie nach einer gewissen Geschmeidigkeit, ansonsten würde politisch wenig vorankommen. Der Wandel aber, den Hannelore Kraft binnen weniger Tage vollzogen hat, ist spektakulär. So ist es kein Wunder, dass viele Genossen Schwierigkeiten haben, ihre einst so geliebte Hannelore noch zu verstehen.

„Sehr skeptisch“ sei sie nach der Wahl gewesen, gestand Hannelore Kraft vorigen Donnerstag, kurz nachdem sich Union und SPD auf die Aufnahme von Koalitionsgesprächen geeinigt hatten. In der Telefonkonferenz des Parteivorstands am späten Abend ergriff sie gleich nach Sigmar Gabriel das Wort. Ja, sie habe Bedenken gehabt, und ja, sie habe die Chance zum Politikwechsel lange nicht gesehen. Aber nun habe sie den Eindruck gewonnen: „Unsere Kernforderungen sind durchsetzbar.“

Was Kraft mit den Worten „Bedenken“ und „Skepsis“ beschreibt, ist eine freundliche Untertreibung. Lange hatte es ausgesehen, als sei Kraft fest entschlossen, ihre Partei im Bund möglichst von der Regierung fernzuhalten. Am 22. September, dem Tag der Wahl, hatte sie jedenfalls entschlossen geklungen. Gegen 15 Uhr, noch bevor die ersten Zahlen die Parteizentrale erreichten, erklärte sie dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel in einem Vieraugengespräch in dessen

Büro, dass sie – sollte das Wahlergebnis entsprechend ausfallen – nichts von einer Großen Koalition halte.

Nach den ersten Prognosen wurde sie deutlicher. „Auch Opposition wäre für uns keine Schande“, befand sie in Gesprächen mit Vertrauten. Ohnehin war sie sich sicher: „Am Ende wird es auf Schwarz-Grün zulaufen.“ Keinesfalls werde sich die SPD erneut auf eine Große Koalition einlassen.

Einige ihrer Gesprächspartner wunderten sich zwar über Krafts Entschiedenheit. Gleichzeitig gingen sie aber davon aus, dass die Ministerpräsidentin bereits einen Plan habe, wie sich die Große Koalition verhindern lasse. Ansonsten, so glaubten die Genossen, würde sie sich nicht so weit aus dem Fenster lehnen. Noch am Wahlabend stiegen unzählige Genossen, ermuntert von der Landesspitze der Partei, auf die Barrikaden. Ortsvereinsvorsitzende twitterten fröhlich, dass man sich niemals auf eine Große Koalition einlassen werde, auf Facebook wurden Protestseiten angelegt. Kraft hätte wissen müssen, dass die Große Koalition eine denkbare, ja unausweichliche Option werden könnte. Doch sie stemmte sich nicht gegen den Zorn der Genossen, sie ließ ihnen freien Lauf.

Am Tag nach der Wahl trommelten ihre Vertrauten gegen eine Große Koalition – so wie die Chefin es am Telefon vorgemacht hatte. „Es wird keine Große Koalition geben. In der NRW-SPD gibt es niemanden, niemanden, der eine Große Koalition will“, sagte Norbert Römer, Chef der SPD-Landtagsfraktion und enger Vertrauter Krafts. Jeder dachte: Römer spricht aus, was die Chefin denkt.



KAY NIETFELD / DPA

Verhandlungspartner Kraft, Pofalla*: *Stiller, eher seltener Triumph*

Während ihre Leute die Stimmung schürten, ließ sich Kraft etwas wolkiger zitieren: „Wir werden uns Gesprächen nicht verweigern. Aber die inhaltliche Hürde liegt hoch auf unserer Seite.“ Und sie wiederholte, es sei „keine Schande, in die Opposition zu gehen“.

Während man sich in Nordrhein-Westfalen noch gegenseitig befeuerte, blickten die Genossen in Berlin schon weit nüchterner auf das Wahlergebnis: Pokerte Kraft nur, oder war ihr der Sinn für das Realistische und Machbare abhanden gekommen? Was um Himmels willen trieb diese Frau um?

Kraft denke nicht vom Ende her, sagen ihre Kritiker. Sie denke stets vom Ende her, sagen ihre Vertrauten. Die Wahrheit lautet: Kraft denkt in erster Linie an Nordrhein-Westfalen und dort vor allem an ihre Partei. Sie will die Sozialdemokraten im größten Bundesland wieder über die 40-Prozent-Marke heben, um die Staatskanzlei dauerhaft für die SPD zu sichern. Bei der Bundestagswahl kamen die Genossen jedoch weit entfernt von den angestrebten 40 Prozent ins Ziel. Nur 31,9 Prozent der Wähler in Nordrhein-Westfalen entschieden sich für die SPD, 39,8 Prozent hingegen für die CDU.

Der Wahlausgang war für Kraft ein Warnsignal. Alles müsse nun getan werden, um die Machtbasis in NRW zu festigen, gab sie intern als Losung aus. Diesem Ziel ordne sie alles unter, berichten Vertraute. Was in Berlin geschehe, interessiere sie nur, wenn es Auswirkungen auf ihr Bundesland habe.

Kraft hat eine Vision von Nordrhein-Westfalen. Sie glaubt noch an das alte sozialdemokratische Aufstiegsversprechen, spricht von „präventiver Politik“ und einem „vorbeugenden Sozialstaat“, einem Staat, der früh in Erziehung und Bildung investiert, der alle mitnimmt – und dafür später weniger Geld für Obdachlose, Gefängnisse und Sozialhilfe ausgeben muss. So jedenfalls der Plan.

Leider ist ihre Vision teuer und der Landeshaushalt bereits überlastet. Kraft braucht also Geld für ihre ehrgeizigen Pläne, und das erklärt in Teilen ihren Widerstand gegen ein Bündnis mit der Union im Bund. Bei Schwarz-Grün kann sie im Bundesrat blockieren, kann die Preise treiben, eine Große Koalition dagegen zwingt zu Kompromissen mit Berlin.

* Mit CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe (l.).

Zudem geht es Kraft um die Kommunalwahlen im kommenden Mai. In traumatischer Erinnerung sind den NRW-Genossen die Kommunalwahlen von 1999, als die SPD in zahlreichen Rathäusern ihre Mehrheiten verlor. Viele machten dafür damals den holprigen Start der rotgrünen Bundesregierung verantwortlich. Eine Wiederholung wollen sie nach Möglichkeit verhindern.

Als Hannelore Kraft bewusst wurde, dass ihr Plan, eine Große Koalition zu verhindern, scheitern würde, versuchte sie umzuschalten. Das misslang anfangs noch, die Teilnehmer der Sondierungsgespräche registrierten, dass Kraft die Gespräche zumeist gereizt verfolgte. Am vorigen Montag entlud sich dann ihr Frust über die neue Lage. Kraft sprach über die Wahlfreiheit von Frauen zwischen Familie und Beruf, über die Nöte der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und über die Notwendigkeit von mehr Betreuungsplätzen.

Sie war gerade richtig in Fahrt, als CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt dazwischenfuhr und ihr vorhielt, Familienpolitik nur unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten. Kraft wurde lauter, schon bei der ersten Sondierungsrunde war ihr Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier in die Parade gefahren. „Das lasse ich mir nicht bieten“, rief sie nun.

Doch Dobrindt ließ nicht locker, karikierte Kraft als Schulden-Queen und schob hinterher, dass man in Nordrhein-Westfalen bekanntlich nicht mit Geld umgehen könne. Deshalb lasse er sich ungern von Kraft belehren. In der Union hatte man erkannt, dass Parteichef Gabriel und Ministerpräsidentin Kraft die zentralen Akteure auf Seiten der SPD waren. Gabriel erschien ihnen als berechenbar, Kraft nicht. Er habe mal „die Belastbarkeit einer möglichen Koalition austesten“ wollen, sagte Dobrindt später lapidar.

Nach dem Vorfall beantragte Gabriel eine Pause. In dieser kam Kanzlerin Angela Merkel, die den Vorfall nicht genau mitbekommen hatte, auf Kraft zu und erkundigte sich, was geschehen sei. Nach Krafts Beschwerde beauftragte Merkel ihren Kanzleramtschef Ronald Pofalla, mit Dobrindt und Bouffier vor die Tür zu gehen. Nachdem sie wieder hereingekommen waren, sagten Dobrindt und Bouffier kein Wort mehr. Es war ein stiller, derzeit eher seltener Triumph für Hannelore Kraft. Von diesem Zeitpunkt an schien sie dem Projekt Große Koalition irgendwie aufgeschlossener gegenüberzustehen.

Folgen wird der verwirrende Kurs der vergangenen Wochen dennoch für die Ministerpräsidentin haben. Der Blick auf sie wird fortan ein anderer sein. Vor der Bundestagswahl gefiel sie sich als weibliche Stimme der Vernunft gegenüber dem Männer-Trio Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Gabriel, das sich gegenseitig misstraute und belauerte. „Jetzt ist sie selbst Teil der Unruhe“, heißt es in der Bundestagsfraktion.

Sie war zur ernsthaften Gefahr für Parteichef Sigmar Gabriel hochstilisiert worden.

Nach dem Wahlsonntag schien es, als wolle Kraft eine Art Horst Seehofer der SPD werden. Denn insgeheim findet sie Gefallen an der Rolle Seehofers, der in der Union alles durchzusetzen scheint, was ihm wichtig ist. Der keine Rücksicht nimmt – außer auf sich selbst und die angeblichen Interessen Bayerns. Als wäre der CSU-Chef ihr neues Vorbild, übernahm nun auch sie den Part der Querulantin, die unberechenbar agiert und vor allem das eigene Bundesland im Kopf hat.

Wohin, fragen sich nun die Spitzengenossen in Berlin, sollte Krafts Aufstand eigentlich führen?

Erst spät gestand sie sich ein, dass ihre Revolte gescheitert war. Sie hatte die Machtprobe gegen die Führungsleute in Berlin gewagt – und verloren. Es war die erste richtige Niederlage einer Frau, die in den vergangenen Monaten zur Scheinriesin erwachsen war. Sie war zur ernsthaften Gefahr für Parteichef Sigmar Gabriel hochstilisiert worden. Tatsächlich hatte sie mit ihren Länderkollegen Olaf Scholz, Stephan Weil und Thorsten Schäfer-Gümbel die Frage erörtert, ob der Parteichef noch tragbar sei. Und so war sie es, die am Wahlsonntag in Gabriels Büro stand und ihm an den Kopf warf, was viele dachten: „So geht es nicht weiter.“

Inzwischen musste Kraft einiges an Verrenkungen vollziehen. Am Donnerstagabend hatte sie dann die letzten Meter ihrer 180-Grad-Wende geschafft. „Jetzt müssen alle die Entscheidung mittragen“, sagte sie im Kreise der siebenköpfigen SPD-Delegation. „Ich werde es auch tun.“ Noch deutlicher wurde sie am späten Abend in der Telefonkonferenz des Parteivorstands. „Auf meiner Liste waren fünf zentrale Themenfelder. In allen Themenfeldern zeichnen sich Verbesserungen ab.“ Und: „Ich habe aus Überzeugung zugestimmt.“

Es war die Rückkehr zu jener Berechenbarkeit, die ihr vorübergehend abhandengekommen war.

Markus Feldenkirchen, Horand Knaup, Gordon Repinski, Barbara Schmid

Animation: Die Karriere der Hannelore Kraft

spiegel.de/app432013kraft
oder in der App DER SPIEGEL